



Nein zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» (CVP-Familieninitiative)

Darum geht es

Die Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» wurde am 5. November 2012 eingereicht. Von der CVP zusammen mit der zweiten Initiative gegen die sogenannte Heiratsstrafe als Wahlkampf-Vehikel lanciert, will die Initiative, dass Kinder- und Ausbildungszulagen künftig nicht mehr als steuerbares Einkommen behandelt werden. Konkret verlangt sie folgende Ergänzung von Artikel 116 der Bundesverfassung: «Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei». Der Nationalrat empfahl die Initiative am 4. Juni 2014 mit 131 zu 39 Stimmen deutlich zur Ablehnung und verzichtete darauf, ihr einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Auch der Ständerat folgte der gleichlautenden Haltung des Bundesrates am 26. September 2014 mit 32 zu 13 Stimmen.

Die Position der SP

Die SP spricht sich aus folgenden Gründen gegen die Initiative aus:

Keine Steuergeschenke für Reiche: Die Steuerbefreiung von Familienzulagen mag auf den ersten Blick zwar attraktiv und familienfreundlich erscheinen, ist aber ein Etikettenschwindel: Profitieren würden nämlich in erster Linie reiche Familien. Insbesondere auf Bundesebene würden wegen der Progression nur der obere Mittelstand und Personen mit hohem Einkommen steuerlich entlastet. Denjenigen 50% der Familienhaushalte, die bereits heute keine direkte Bundessteuer bezahlen, würde die Initiative hingegen überhaupt nichts bringen – dabei wären das genau die Familien, die eine Entlastung am dringendsten nötig hätten. Auf kantonaler Ebene könnten sich reiche Familien dank dem Steuergeschenk locker eine Woche Ferien gönnen, während sich eine Mittelstandsfamilie mit einem Zoobesuch zufrieden geben müsste.

Keine Sparprogramme auf Kosten der Familien: Gemäss Botschaft des Bundesrates hätte die Initiative bei Bund und Kantonen happige Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken zur Folge. Angesichts tendenziell leeren Kantonskassen müsste dieser Betrag zwecks Gegenfinanzierung mit Sparmassnahmen andernorts – unter anderem bei der Bildung, bei Prämienverbilligungen oder familienergänzenden Betreuungsangeboten – kompensiert werden. Dieser Abbau des Service public trifft jedoch ausgerechnet die Familien am stärksten, die von der Initiative zum Vornherein am wenigsten oder gar nicht profitieren – nämlich die 50%, die schon heute keine direkte Bundessteuer bezahlen. Die Initiative würde also sogar eine doppelte Umverteilung von unten nach oben bringen.

Kein Schlupfloch wegen Konstruktionsfehler: Die Initianten blenden bewusst aus, dass Kinderzulagen einen Lohnbestandteil darstellen, der vom Arbeitgeber bezahlt wird. Als solcher dürfen sie keine steuerliche Sonderbehandlung erfahren. So wie der Initiativtext formuliert ist, könnten nämlich findige Arbeitgeber die Kinderzulagen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zulasten des eigentlichen Lohns massiv erhöhen und ihnen somit einen möglichst hohen steuerfreien Lohnanteil gewähren.

Fazit

Die CVP-Initiative will eine von der Allgemeinheit finanzierte Entlastung der oberen Einkommen. Das geht indirekt zulasten von Familien mit tiefen und mittleren Einkommen und öffnet ein Steuerschlupfloch – zu diesem unsozialen und teuren Steuergeschenk sagt die SP klar Nein.